

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplan 2022

- Stellungnahme der Verwaltung -

Anträge der CDU-Fraktion

1. Antrag der CDU Fraktion - Nahwärmeversorgung

Die Stadtwerke sollen sich im Bereich der Nahwärmeversorgung verstärkt engagieren.

Die Stadtwerke Backnang sind seit 2011 in der Nahwärmeversorgung aktiv und liefern bereits in folgenden Arealen die Wärme:

- Wonnemar (Hallen- und Freibad)
- Plaisirschule/Katharinenplaisirhalle/Familienzentrum
- Schiller- und Pestalozzischule/Bürgerhaus
- Dorfhalle Steinbach
- Sorg Schillerplatz (ehemalige Möbelfabrik)
- Max-Born-Gymnasium
- Krankenhausareal und nähere Umgebung
- Mühlstraße

Zeitnah wird das Neubaugebiet Obere Walke und hierbei ggf. noch umliegende Bestandsgebäude mit Nahwärme versorgt. Es ist geplant die Sparte Wärmeversorgung bei den Stadtwerken weiter auszubauen. Die Stadtwerke sind hierzu in enger Abstimmung mit der Stadt Backnang und auch bei der Erstellung des kommunalen Wärmeplans beteiligt. Hieraus werden sich konkrete Quartiere und Maßnahmen ableiten bei deren Umsetzung die Stadtwerke als Partner der Stadt Backnang zur Verfügung stehen. Ein weiteres großes Quartier stellt das IBA `27-Areal dar, bei dem die Stadtwerke sehr an der Nahwärmeversorgung interessiert sind.

2. Antrag der CDU Fraktion - Bauträgertätigkeit

Die Städtische Wohnbau soll sich zukünftig auch als Bauträger engagieren, um mehr sozialen Wohnungsbau in städtischer Hand zu ermöglichen.

Die Städtische Wohnbau hat in den letzten Jahren den Bestand an preisgebundenem Wohnraum kontinuierlich erhöht. Auf dem Areal der Mühlstraße und auf dem ehemaligen Krankenhausareal sind 60 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden. Im Jahr 2022/23 sind weitere 18 Wohnungen für Haushalte mit besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung in der Mühlstraße geplant. Hierfür ist eine Kapitaleinlage von 300.000 € und eine Sacheinlage von 200.000 € eingestellt. Darüber hinaus sind am Lindenplatz in Steinbach 6 Wohnungen geplant. In der Zukunft sollen auch auf dem Aurelis-Areal Sozialwohnungen entstehen. Hierfür ist eine Kapitaleinlage von 1,2 Mio. € eingestellt.

Das klassische Bauträgergeschäft mit dem Bau und Verkauf von Wohnungseigentum ist nicht vorgesehen.

3. Antrag der CDU Fraktion – Steg über die Murr

Wir beantragen einem vielfachen Wunsch der Bevölkerung entsprechend einen neuen Steg über die Murr zu planen. Dieser könnte in der gleichen Stahlausführung wie der Steg von der Annonay Anlage zum Aufgang Stiftshof erfolgen. In einem weiteren Schritt, soll eine Machbarkeitsstudie Lösungen für den Aufgang zur Marktstraße erarbeiten.

Im Haushalt 2022 sind 50.000 € für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie eingestellt. Diese soll in Varianten die Anbindung der Bleichwiese an die Innenstadt im Bereich der Postgasse klären. Nach aktueller Planung sollen die Ergebnisse noch im Jahr 2022 im GR vorgestellt werden, so dass entschieden werden kann, ob und wenn ja welche Brückenvariante realisiert werden soll.

4. Antrag der CDU Fraktion – PV-Anlagen für Parkplätze

Wir beantragen zu untersuchen, ob ebenerdige Parkplätzen (zum Beispiel Obere Bahnhofstraße, Bürgerhaus) mit Dächern mit PV Anlagen ausgestattet werden können. Bei positiver Effizienz soll dies auch als Empfehlung für künftige größere Parkieranlagen dienen, wie sie beispielsweise bei Einkaufsmärkten etc. zu finden sind.

5. Antrag der CDU Fraktion – PV-Anlagen auf städtischen Liegenschaften

Die Dächer der städtischen Liegenschaften sollen untersucht werden, ob weitere PV-Anlagen installiert werden können.

Aufgrund künftiger gesetzlicher Vorgaben durch das Klimaschutzgesetz BW, sind künftig bei bestimmten Neubauvorhaben verpflichtend Photovoltaik-Anlagen zu errichten. Dies gilt auch für Stellplätze ab einer bestimmten Größe. Die Verpflichtung trifft sowohl öffentliche wie auch private Bauherren. Unabhängig davon wird die Verwaltung prüfen, ob auch Flächen im Bestand sinnvoll mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden können. Hierbei ist insbesondere das Verhältnis zwischen möglicher CO₂-Einsparung und den Lebenszykluskosten zu betrachten. Alle aus bisheriger Sicht wirtschaftlich zu betreibenden PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden sind an die Bürgerenergiegenossenschaft verpachtet.

Nicht zuletzt aufgrund sich ändernder wirtschaftlicher und technischer Rahmenbedingungen wird fortlaufend geprüft, ob sich weitere Gebäude im Bestand zur PV-Nutzung eignen. So soll z.B. das bestehende ZOB-Parkhaus im Rahmen der anstehenden Dachsanierung mit einer PV-Anlage ausgestattet werden. Das geplante, sog. „Parkhaus-Ost“ am Bahnhof könnte ebenfalls eine PV-Anlage erhalten. Bei offenen Stellplatzanlagen sind neben technischen und wirtschaftlichen Aspekten auch städtebauliche Gesichtspunkte zu prüfen.

6. Antrag der CDU Fraktion – Überdachte Fahrradstellplätze

Wir bitten um Untersuchung, ob in der Innenstadt ein überdachter Fahrradstellplatz möglich ist.

Ein überdachter Stellplatz ist im Bereich des Bahnhofs vorhanden. Weitere Möglichkeiten in der Innenstadt werden geprüft.

7. Antrag der CDU Fraktion - Ausbau Radwege südliche Stadtteile

Wir beantragen, die Radwege von den Südlichen Stadtteilen zur Kernstadt auszubauen und sicherer zu machen.

Wird entsprechend dem Radwegekonzept umgesetzt.

8. Antrag der CDU Fraktion – Neukonzeption „Plattenwald“

Wir beantragen erneut, eine Neukonzeption für das Naherholungsgebiet Plattenwald mit Walderlebnispfad, Trimm Dich Pfad, und Wildgehege. Es sind Optionen für weitere Angebote zu prüfen. Gerade in der Pandemie suchen die Bürger Erholung und Abwechslung wohnortnah.

Der Bestand an Erholungseinrichtungen wird sukzessive erneuert und durch geeignete Maßnahmen aufgewertet, aktuell wurde ein Mountainbike-Trail umgesetzt. Ein weiterer Baustein könnte eine Holzkugelbahn sein, die als Gemeinschaftsprojekt zwischen der Forstverwaltung und Backnanger Schulen entstehen könnte. Im Bereich der bestehenden Parkplätze werden Info-Tafeln aufgestellt mit der Möglichkeit, eine interaktive Karte über Responsive Design mit einem Smartphone abzurufen.

9. Antrag der CDU Fraktion - Sportentwicklungsplan

Wir beantragen eine Überarbeitung des Sportentwicklungsplans und der Sportförderrichtlinien.

Der Sportentwicklungsplan wird derzeit durch das Stadtplanungsamt überarbeitet – Bekanntgabe des zeitlichen Ablaufs erfolgt im 1. Quartal 2022.

Die Hallennutzungssatzung und die damit in Verbindung stehenden Hallengebührensatzung, aufgrund der Umstellung gemäß § 2b Umsatzsteuergesetz, müssen 2022 überarbeitet werden. Im Zuge dessen werden auch die Sportförderrichtlinien weiterentwickelt.

10. Antrag der CDU Fraktion - Starkregenmanagement

Wir beantragen die Bearbeitung des Themas Starkregenereignisse und eine baldige Information und Beratung der Bürgerschaft zum Thema Starkregenmanagement.

In der GR-Sitzung am 03.02.2022 ist ein umfassender Bericht zu den Hochwasserschutzmaßnahmen sowohl des Wasserverbands Murrtales als auch der Stadt Backnang geplant. Zudem informiert die Stadtverwaltung über den aktuellen Stand der Planungen zum Starkregenrisikomanagement.

11. Antrag der CDU Fraktion – Bebauung Tiefgarage „Karl-Krische-Straße“

Wir bitten die Stadtverwaltung, die Renovierung und Bebauung der Tiefgarage Karl-Krische-Straße engmaschig zu begleiten, damit die Zufahrt zum Gesundheitszentrum stets gewährleistet bleibt und dass alternative erreichbare Parkmöglichkeiten für Patienten und Beschäftigte geschaffen werden.

Es werden von der Stadtverwaltung alternative Stellplätze für Besucher und Personal gefordert und der Bauzeitenplan sehr engmaschig begleitet. Die Besprechungen sind hierfür angesetzt, die nächste findet am 16.12.2021 statt. Vorübergehend sind in einzelnen Bauabschnitten jedoch Erschwernisse auch für Arztbesucher unvermeidbar. Es wird dafür Sorge getragen, dass Krankentransporte Vorrang genießen und diese in jeder Bauphase ermöglicht werden. Der Bauherrschaft wird u.a. eine umfassende Pflicht zur jeweils rechtzeitigen Abstimmung mit der Stadtverwaltung und Information der betroffenen Anlieger und der Öffentlichkeit auferlegt.

12. Antrag der CDU Fraktion – Befristung geförderter Personalstellen

Wir beantragen geförderte Stellen zunächst entsprechend des Förderzeitraumes auszuschreiben. Eine Verlängerung kann jedoch in Aussicht gestellt werden.

Auf Grund der angespannten Arbeitsmarktsituation ist von diesem Antrag dringend abzuraten. Gerade auf Grund der attraktiven Förderungen stehen dem qualifizierten Fachpersonal mehrere Angebote kommunaler Arbeitgeber in unmittelbarer Umgebung zur Verfügung. Eine Befristung des Beschäftigungsverhältnisses wirkt sich erfahrungsgemäß negativ auf das Personalgewinnungsverfahren aus.

Daher wird empfohlen im Rahmen der jährlichen Stellenplanberatungen die natürliche Personalfuktuation zu nutzen.

13. Antrag der CDU Fraktion – Übersicht Förderprojekte

Wir beantragen, eine aktuelle Übersicht über alle Förderprojekte der Stadt zu erstellen mit Kosten sowie Ablaufdatum.

Übersicht aller Förderprojekte der Stadt über 10.000 € wird in einer VFA-Sitzung nachgeliefert.

14. Antrag der CDU Fraktion - Ringbuslinie

Wir beantragen die versuchsweise Einführung einer Ringbuslinie, das heißt einen Bus, der die nördlichen und südlichen Stadtgebiete umsteigefrei verbindet. Dies könnte beispielhaft versuchsweise mit einem geförderten Elektrobus erfolgen.

Die Einführung einer Ringbuslinie wird zum jetzigen Zeitpunkt vom VVS nicht befürwortet. Der planerische Ansatz, der in den Jahren 2013/ 2014 verfolgt wurde und Eingang in den im April 2015 verabschiedeten Nahverkehrsplan fand, ist zwischenzeitlich durch das bestehende seit 1. Januar 2019 gefahrene Verkehrskonzept überholt. Zur EU -weiten Vorabkennzeichnung der Ausschreibung war das Konzept angepasst und dem Gemeinderat in der Sitzung am 15.12.2016 vorgestellt worden (s. hierzu auch Antwort zu Antrag Ziff.2 der Grünen- Fraktion).

Mit dem Ausbau des IBA Geländes und der Oberen Walke wird eine neue Situation entstehen, wie dies in der Stellungnahme zum Nahverkehrsplan gegenüber der Landkreisverwaltung gefordert wurde. Derzeit besteht die Bindung an die Ausschreibung, jegliche Zusatzbestellung, die vom Vorhabenträger (Landkreis) und dem VVS als nicht sinnvoll eingestuft wird, müsste von der Stadt alleine getragen werden. Das Verkehrsunternehmen ist infolge der Bindungswirkung des Zuschlags bis zum 31.12.2024 nicht zu einer Einführung verpflichtet. Es wird daher angeregt, das Thema auf die Agenda der nächsten Ausschreibung zu setzen (s. Stellungnahme zum Nahverkehrsplan-Sitzungsvorlage 9/21/GR).

Überdies ist zu berücksichtigen, dass künftig bei der Ausschreibung nicht mit einem eigenwirtschaftlichen Antrag der Unternehmen zu rechnen ist, es wird daher von einer deutlich höheren Kostentragung der Stadt bei der nächsten Ausschreibung zu rechnen sein.

15. Antrag der CDU Fraktion - Schulsozialarbeit

Wir beantragen, bald die Ergebnisse der Neukonzeption zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit vorzulegen, damit der Bedarf, der durch die Pandemie noch gestiegen ist, besser gedeckt werden kann.

Die Arbeitsgruppe Neukonzipierung Schulsozialarbeit hat bereits Ihre Arbeit aufgenommen und wird im Laufe des ersten Halbjahrs dem Gremium vorgestellt. Vorsorglich wurden bereits 2 Stellen im Stellenplan 22 aufgenommen und beim KVJS bezüglich Bezuschussung beantragt. An der AG sind Vertreter der Schulleitungen, Schulsozialarbeiter, geschäftsführende Schulleitung und das Fachamt beteiligt.

16. Antrag der CDU Fraktion – „Offensive innenstadt“

Wir beantragen mehr Einsatz für die Belebung der Innenstadt wie die schnelle Umsetzung der „Offensive Innenstadt“.

Es wird im Rahmen einer Gemeinderatssitzung einen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung „offensive Innenstadt“ im 1. Quartal 2022 gegeben. Des Weiteren nimmt die Lenkungsgruppe „Einzelhandelskonzept“ am 24.01.2022 Ihre Tätigkeit auf. Die Neustrukturierung der Stabsstelle Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing, in direkter Zuordnung zu Oberbürgermeister Maximilian Friedrich, wird darüber hinaus die Innenstadtbelebung zur Aufgabe haben.

17. Antrag der CDU Fraktion – Eintrittspreise Wonnemar

Wir beantragen, dass ab 2022 für das Wonnemar wieder eine Freibadsaisonkarte angeboten wird und die Eintrittspreise familienfreundlicher werden.

Der offizielle Verkaufsstart für eine Freibadsaisonkarte für 2022 wird am 21.12.2021 in den Murrbäder Backnang Wonnemar beginnen. Der Verkaufsstart wird durch Herrn Oberbürgermeister Friedrich und Herrn Ersten Bürgermeister Janocha zusammen mit dem Center Manager des Bades, Herrn Dechand stattfinden. Die Preisgestaltung wurde vom Aufsichtsrat festgelegt. Die reguläre Jahreskarte kostet lt. Beschluss des Aufsichtsrats vom 21.07.2020 für Erwachsene 100 €, für Ermäßigte (Jugendliche, Schüler, Arbeitslose etc.) 75 € und für Kinder 60 € pro Jahr.

18. Antrag der CDU Fraktion – Erhöhung der globalen Minderausgaben

Wir beantragen die im Haushaltsentwurf angesetzten globalen Minderausgaben um 500.000 Euro zu erhöhen, auch im Hinblick auf die neuerlichen Verbesserungen durch die November-Steuerschätzung.

Globaler Minderaufwand ist bei den Personalkosten bereits mit 1 Mio. im HH-Plan eingeplant. Rechtlich ist ein maximaler Minderaufwand in Höhe von 1,1 Mio. möglich. Eine Erhöhung um 500.000 € ist daher nicht zulässig. Von einer weiteren Erhöhung wird abgeraten, da der Planansatz sonst nicht auskömmlich wäre.

19. Antrag der CDU Fraktion - Anwohnerparkausweise

Wir beantragen eine Anpassung der Gebühren für Anwohnerparkausweise.

Nach der Delegationsverordnung der Landesregierung die am 4. Juli 2021 in Kraft trat, ist eine kostendeckende, flexible Bepreisung des Bewohnerparkens nun zulässig. Die Delegationsverordnung (ParkgebVO) überträgt die Ermächtigung zum Erlass von Bewohnerparkausweisen auf die örtlichen und unteren Straßenverkehrsbehörden. In den Gebührenordnungen können neben den Kosten des Verwaltungsaufwands (d. h. Personal- und

Sachkosten) auch die Bedeutung der Parkmöglichkeiten, deren wirtschaftlicher Wert oder der sonstige Nutzen der Parkmöglichkeiten für die Bewohner berücksichtigt werden. Es ist vorgesehen, dem Gemeinderat ein neues Konzept vorzulegen. Insbesondere wird die Neuordnung unter Berücksichtigung bestehender Kapazitäten in öffentlich zugänglichen Parkhäusern und der Nutzungsmöglichkeit privat, verfügbarer Stellplätze erfolgen. Die Eigenverantwortlichkeit der Fahrzeughalter*innen wird deutlich stärker in den Vordergrund gerückt. Ziel der Stadtverwaltung ist im ersten Schritt die interessengerechte Aufteilung der Stellplatzkapazitäten für Bewohner, Besucher und Kunden.

20. Antrag der CDU Fraktion - Handwerkerhöfe

Wir sind froh über die Entwicklung in den Lerchenäckern sowie den Mühläckern. Wünschenswert sind jedoch noch weitere Flächen für Handwerkerhöfe, wir bitten um Vorschläge der Verwaltung.

Im Rahmen der anstehenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplans sollen auch Flächen für Handwerkerhöfe neu ausgewiesen werden. Handwerkerhöfe nach dem Verständnis der Stadtverwaltung zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass Wohnen und Arbeiten in direkter Nachbarschaft möglich ist. Dies stellt besondere Anforderungen an die immissionsschutzrechtliche Planung solcher Flächen.

Im Rahmen der städtebaulichen Konzeption für die Lerchenäcker ist beabsichtigt, auch kleinteilige Gewerbeflächen auszuweisen. Hier wird aber nicht gewohnt werden können.

Anträge der Bündnis 90/Grünen-Fraktion

1. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion - Bürgerbefragungen

Die Backnanger Bürger*innen sind der Schlüssel zur Demokratie und sollten möglichst transparent in Entscheidungsprozesse auch außerhalb der Wahlen miteinbezogen werden. Daher fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung dazu auf, Bürger*innen Befragungen durchzuführen, sofern Haushaltsrelevante Entscheidungen getroffen werden müssen, die Haushaltsmittel von über 3 Millionen Euro beanspruchen und von grundsätzlicher Bedeutung für die Stadt sind.

Der Gemeinderat hat zu jeder Zeit die Möglichkeit bei kommunalen Aufgaben Beteiligungsformen durchzuführen, jedoch ist eine generelle Beteiligung für staatliche Aufgaben nicht zulässig. Über die angemessene Form der Beteiligung entscheidet der Gemeinderat im Einzelfall.

2. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – 15-Minuten Taktung Busverkehr

Der zunehmende motorisierte Individualverkehr sorgt in Backnang, in den Stoßzeiten, regelmäßig für ein Verkehrschaos. Die Stadtentwicklung und kommende Wohngebiete werden diese Situation weiter fördern. Da viele Bürger*innen zwischen dem Bahnhof und

ihrem Zuhause pendeln, ist es sinnvoll den Busverkehr in die Stadtteile und Teilorte Backnangs konsequent an die 15-Minuten Taktung anzupassen und auszuweiten. Die bestehenden Zeiten des Nahverkehrsplans erachtet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als unzureichend und bittet die Stadtverwaltung um Erstellung des Konzepts und Ausweitung der Taktungen.

Die Firma Friedrich Müller Omnibusverkehr GmbH hat nach vorangegangener Ausschreibung der Landkreisverwaltung den Zuschlag zu ihrem eigenwirtschaftlichen Antrag vom Regierungspräsidium Stuttgart erhalten. Die Laufzeit begann am 1.1.2019 und endet am 31.12.2024. Aufgrund der Eigenwirtschaftlichkeit hat die Stadt Backnang keine Kosten am Stadtverkehr zu tragen.

Die detaillierte Betrachtung des Busverkehrs in der Stadt Backnang einschließlich Stadtteilen (Linienbündel 9) ergibt nachfolgend dargestellte Situation, die eine gute bis sehr gute Anbindung bietet:

Sulzbacher Straße – Backnang ZOB

Linie 361 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 390 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 360 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 368 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

- somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags tagsüber sechs Fahrmöglichkeiten pro Stunde, welche alle Zugabfahrten ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Aspacher Straße – Backnang ZOB

Linie 367 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 367 in der HVZ zusätzlich halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 457 in der HVZ stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 363 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3 (ab Haltestelle Rötlenweg)

- somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags in der HVZ sechs, in der NVZ fünf Fahrmöglichkeiten pro Stunde, welche nahezu alle Zugabfahrten ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Weissacher Straße – Backnang ZOB

Linie 383 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 365 stündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 382 stündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 384 stündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 381 in der HVZ zusätzlich halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 393 stündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 369 stündlich (in der HVZ halbstündlich) abgestimmt auf die S 4/R 3 (ab Haltestelle Im Kusterfeld)

- somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags in der HVZ zehn, in der NVZ sieben Fahrmöglichkeiten pro Stunde, welche nahezu alle Zugabfahrten ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Gartenstraße – Backnang ZOB

Linie 362 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 366 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 370 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

- somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags tagsüber drei Fahrmöglichkeiten pro Stunde, welche die Zugabfahrten der S 4 und R 3 ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Aus dieser Aufstellung wird deutlich, dass das aktuelle Handlungsfeld im Backnanger Stadtverkehr vorrangig nicht in der Taktverdichtung liegt. Vielmehr geht es in der Stad Backnang um die Stabilisierung der Verkehrsverhältnisse insgesamt. An Fahrplanverbesserungen wurde seit Beendigung des BK – Busses mit der Landkreisverwaltung und dem Tarifverbund Stuttgart GmbH wiederkehrend vertieft gearbeitet und soweit möglich Fortschreibungen umgesetzt. Diese sind außer marginalen Anpassungen ausgeschöpft.

Die von der Stadtverwaltung identifizierten Handlungsfelder wurden in der Stellungnahme zum Nahverkehrsplan als Forderung gestellt.

3. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – 40er Geschwindigkeitszone

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung die 40er Zone auf dem Innenstadtring zu Gunsten des Verkehrsflusses und des Umweltschutzes zu erweitern.

Beispiele für Erweiterung wären: Aspacher Straße, Stuttgarter Straße, Weissacher Straße und Gartenstraße

Laut aktueller Dienstbesprechung des Verkehrsministeriums sind die bundesgesetzlichen Bestimmungen umzusetzen, das Land hat keine Möglichkeit auszuscheren. Es sind weiterhin ausschließlich Gründe der Verkehrssicherheit, Lärminderung oder der Luftreinhaltung mit denen eine Geschwindigkeitsreduzierung zu begründen sind. Das Baudezernat ist mit der Lärmaktionsplanung befasst.

An der Einmündung Eichendorff Straße in die Weissacher Straße ist eine Unfallhäufungsstelle festzustellen. Nach Auswertung des Unfallgeschehens bestand jedoch keine Kausalität mit der auf der Weissacher Straße gefahrenen Geschwindigkeit. Vielmehr entstanden von vier Unfällen drei bei stockendem Verkehr und alle infolge von Unachtsamkeit. Eine Geschwindigkeitsreduzierung lässt sich damit nach bundesgesetzlich gültiger Rechtslage nicht auf 40 km/h begründen. Nach aktueller Abstimmung müssen sich Verkehrsversuche an dieser Rechtslage orientieren, andernfalls sind sie nicht zulässig.

In den anderen, angeführten Streckenabschnitten liegen keine Unfallhäufungsstellen vor, somit bleibt es bis auf Weiteres bei der Prüfung der Lärmwerte als eine potentielle Möglichkeit für eine Geschwindigkeitsreduzierung, sofern nachgewiesenermaßen mit der Geschwindigkeitsreduktion auf 40 Km/h eine Lärminderung von 3 db (A) einherginge. Diese Voraussetzung ist bislang nicht erwiesen. Die Untersuchung des Baudezernates gilt es abzuwarten.

4. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Sicherheit Fahrradverkehr

Um die Sicherheit und den Fahrkomfort der Fahrradfahrer*innen in Backnang stetig zu verbessern bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Aufstockung der Haushaltsmittel um 50000 Euro.

Parkplätze, die den Verkehrsfluss und die Sicherheit der Fahrradfahrer stark einschränken, müssen aufgehoben werden, z.B. in der Sulzbacher Straße (Ludwigstraße bis Staige).

Sollten die eingestellten Finanzmittel nicht ausreichend sein, kann aus der Deckungsreserve die Finanzierung sichergestellt werden. Im Rahmen des Radinfrastrukturkonzeptes sind Einzelmaßnahmen zu diskutieren.

5. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Sicherung der Treppen

Um eine sichere Benutzung der Treppen in Backnang zu gewährleisten, bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung um Anbringung von durchgehenden Handläufen zum Abstützen, bei allen Treppen in Backnang. In diesem Kontext soll die Sicherheit der Treppen in Backnang ermittelt und gewährleistet werden. Als Beispiel für eine unsichere Treppe wollen wird die Christian-Schmückle-Staffel genannt.

Die Stadtverwaltung hat die Verkehrssicherheit auf allen öffentlichen Wegen und Treppen sicherzustellen. Sollte es vereinzelt zu Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit kommen wird kurzfristig reagiert. Im Bereich der Christian-Schmückle Staffel ist ein Geländer vorhanden. Der defekte Asphaltbelag auf den Podesten wird erneuert. Im Verlauf des Jahres 2022 wird im ATU ein Sachstandsbericht zum Zustand der Backnanger Staffeln erstattet.

6. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion - Feuchtgebiete

In Backnang verschwinden vermehrt Feuchtgebiete, die eine tragende Rolle in der Entwicklung der Artenvielfalt spielen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung einen Maßnahmenplan zu erstellen um gezielt die Lebensräume von Amphibien zu schützen und aufzubauen (z.B. Plattenwald, Krähenbach,).

Wird bereits im Zuge der Ersatzplanung „Pfaffenrinne“ erstellt.

7. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Durchgängigkeit der Murr

Zur Erhöhung der Artenvielfalt ist es dringend erforderlich, die Durchgängigkeit der Murr für Fische und Kleinlebewesen herzustellen. Die drei Wehre an der Murr stellen eine Barriere für diese Tiere dar. Daher bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Erstellung eines Zeitplans zur Beseitigung der Wehre am Biegel, am Goggenbachareal und eine Verbesserung des Bleichwiesenwehres.

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie gibt insbesondere vor, spätestens bis zum Jahr 2027 eine vollständige ökologische Durchgängigkeit der Gewässer sicherzustellen. Für Backnang sind in dem Zusammenhang insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen bzw. in Prüfung:

- Verbesserung der Habitatfunktion der Murr im gesamten Lauf auf Backnanger Gemarkung im Rahmen der Fortschreibung des Gewässerentwicklungsplans
- Beseitigung des Biegelwehres und Neubau einer rauen Rampe an gleicher Stelle
- Machbarkeitsstudie zum Neubau einer Fischtreppe im Bereich des Bleichwiesenwehres unter Beibehaltung der städtebaulichen Wirkung des Wehres
- Klärung der Machbarkeit einer rauen Rampe im Bereich des sog. „Kaess-Wehres“ im Bereich der Fabrikstraße im Kontext mit der IBA'27

8. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion - Sprachförderung

Da einige Kinder in der Grundschule Probleme mit gebrochenem Deutsch haben und dies zu Einschränkungen im Unterricht geschehen führen kann, bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Sachstand zur Sprachförderung von Kindergartenkindern und Vorschulkindern.

Sachstandsbericht erfolgt in einem JSA vor der Sommerpause 2022

9. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Ausweitung „Vialytics“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung um Erweiterung des Einsatzes des Vialytics- Tools für Gehwege und Fahrradwege. Wir bitten um schnellstmögliche Erfassung und Aufhebung von verkehrstechnischen Sicherheitsmängeln im gesamten Verkehr durch einen digitalisierten Maßnahmenkatalog.

Die Stadtverwaltung sieht die Sinnhaftigkeit der Ausweitung. Ein Angebot für das Vialytics-Tool zur Erfassung und Auswertung von Radwegen wurde angefordert. Das Tool könnte auch für die Erfassung von Schäden im Bereich der Gehwege verwendet werden. Es muss jedoch geprüft werden, ob für diese Ausweitung die personellen Ressourcen im Baubetriebshof ausreichend sind.

10. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – CO2 Neutralität von Bauprojekten

Die bevorstehenden Bauprojekte verursachen in der Bauverwaltung eine starke Personalbindung. Die Bauverwaltung stellt eine Fachperson ein, die ihren besonderen Schwerpunkt auf CO2 Neutralität bei den Bauprojekten legt.

Im Zuge der Stellenplanung wurde bereits eine zusätzliche Stelle im technischen Gebäudemanagement/Energieplanung geschaffen. Der/die Stelleninhaber/in wird sich zur Bewältigung der Aufgabe mit dem zukünftige/n Klimaschutzmanager/in intensiv abstimmen.

11. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion - Proberäume

Seit Jahren besteht in Backnang ein klarer Mangel an öffentlichen Proberäumen für Musikbands, Künstler*innen und Vereinen. Durch den Abriss von verschiedenen Gebäuden ist es Künstler*innen mittlerweile fast ausschließlich nur noch möglich in privaten Räumen zu proben. Backnang hat nach wie vor eine aktive Musik- und Kulturszene die es entsprechend zu fördern gilt. Um den Künstler*innen ein erfolgsversprechendes Schaffen zu ermöglichen, sollten von städtischer Seite Möglichkeiten zur Errichtung öffentlicher Proberäume geprüft und durchgesetzt werden. Auch in neuen Bauprojekten sollte die Errichtung von möglichen Kulturräumen geprüft werden.

Daher beauftragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung den Bestand der aktuell nutzbaren Proberäume für Musikbands, Künstler*innen und Vereine zu prüfen und einen Bericht zu erstellen. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt zu überprüfen, in welchen Formen Proberäume eingerichtet werden können und dies durchzusetzen.

Insbesondere im Zuge der IBA 27 soll versucht werden, weitere Räumlichkeiten zu schaffen. Zudem findet laufend eine Prüfung über interimswise Nutzung städtischer Liegenschaften statt, sofern baurechtliche- und immissionsrechtliche Voraussetzungen dies erlauben.

12. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – energetische Analyse von Bauprojekten

Weltweit entstehen 38 % des CO2-Ausstosses durch Gebäude und durch das Bauen derselben. So entsteht etwa bei der Erzeugung einer Tonne Zement 590 Kilogramm CO2. Auch in Backnang wird viel gebaut. Das IBA-Gelände kann als beispielhaftes, zukunftsweisendes Projekt nur klimaschonend gebaut werden. Das Recycling von Baumaterial wird uns muss Bestandteil jedes neuen Bauprojekts werden.

Daher beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine energetische Analyse aller künftiger Bauprojekte in Backnang im Sinne des Erreichens der Klimaziele 2030 und prüft die Möglichkeit des Baustoffrecyclings. Die Ergebnisse der Analysen werden verpflichtend miteinbezogen.

Zur vertiefenden Beschäftigung mit dem Thema seien aus einer Vielzahl von Treffern im Internet untenstehende drei exemplarisch herausgegriffen.

<https://www.springerprofessional.de/recycling/baustoffe/baustoffrecycling-lohnt-sich/17811056> (Springerpresse)

<https://www.quarks.de/umwelt/darum-brauchen-wir-eine-bauwende/>
(Wissenschaftsmagazin)

<https://www.vdz-online.de/zementindustrie/klimaschutz> (Zementindustrie)

Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes werden entsprechende Richtlinien erarbeitet, die – sofern vom Gemeinderat beschlossen – für künftige Bauprojekte verbindlich sein sollen.

13. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion - Grabenstraße

Die Grabenstraße hat sich in den letzten Jahren in Bezug auf die Aufenthaltsqualität gut entwickelt. Für viele Bürger ist der Durchgangsverkehr ein großes Ärgernis.

Zur weiteren Verbesserung der Aufenthaltsqualität beantragen wir die Schließung der Grabenstraße für den Durchgangsverkehr.

Die Grabenstraße hat für eine Zone 325 StVO einen zu hohen Durchgangsverkehr und sie ist seit diesem Jahr als Unfallhäufungsstelle eingestuft. Damit besteht aus verkehrsrechtlicher Sicht Handlungsbedarf. Im Rahmen eines zeitlich befristeten Verkehrsversuchs, ließe sich während einer Probephase, begleitet mit Aktionen, zunächst ein Teilbereich der Grabenstraße in eine Fußgängerzone umgestalten. Anderorts konnte mit einem schrittweisen Vorgehen die Akzeptanz in der Bevölkerung und den Anliegern geschaffen werden.

Die Stadtverwaltung plant zunächst den Stadtentwicklungsausschuss mit Konzepten zu befassen.

Anträge der SPD-Fraktion

1. Antrag der SPD-Fraktion - Grabenstraße

Wir beantragen, die Grabenstraße für den Durchgangsverkehr zu sperren und die notwendigen Voraussetzungen für eine primäre Nutzung als Einkaufsstraße zu schaffen. Probehälter soll die Durchfahrt an Samstagen und Sonntagen bereits ab Frühjahr 2022 untersagt werden.

Wird im Stadtentwicklungsausschuss 2022 vorgestellt.

2. Antrag der SPD-Fraktion - Freibadgebühren

Wir beantragen, die überhöhten Hallen- u. Freibadgebühren im ‚Kurzbadebereich‘ zu modifizieren.

Der Kurzbadebereich mit 1,5 Std. kostet 6,90 €. Mit der Sportschwimmerkarte (40,00 €, Gültigkeit 1 Jahr) reduziert sich der Eintrittspreis um 50 % auf 3,45 €, was für dieses Angebot günstig ist und von den Vielschwimmern gerne genutzt wird.

3. Antrag der SPD-Fraktion - Fahrradboxen

Wir beantragen die Aufstellung abschließbarer Boxen in der Innenstadt und für Gäste des Bürgerhauses, damit eine sichere Verwahrung der oft sehr wertvollen Fahrräder möglich wird.

Ein überdachter Stellplatz inkl. abschließbarer Boxen steht bereits im Bereich des Bahnhofs zur Verfügung. Die Stadtverwaltung prüft weitere Möglichkeiten in der Innenstadt. (siehe auch Antrag Nr. 6 CDU)

4. Antrag der SPD-Fraktion – Stärkung städtischer Wohnbau

Wir beantragen die Stärkung der Städt. Wohnbau durch eine weitere Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung und personellen Erweiterung, um den wachsenden Herausforderungen gerecht werden zu können.

Die Städtische Wohnbau hat in den letzten Jahren den Bestand an preisgebundenem Wohnraum kontinuierlich erhöht. Auf dem Areal der Mühlstraße und auf dem ehemaligen Krankenhausareal sind 60 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden. Im Jahr 2022/23 sind weitere 18 Wohnungen für Haushalte mit besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung in der Mühlstraße geplant. Hierfür ist eine Kapitaleinlage von 300.000 € und eine Sacheinlage von 200.000 € eingestellt. Darüber hinaus sind am Lindenplatz in Steinbach 6 Wohnungen geplant. In der Zukunft sollen auch auf dem Aurelis-Areal Sozialwohnungen entstehen. Hierfür ist eine Kapitaleinlage von 1,2 Mio. € eingestellt.

Das klassische Bauträgersgeschäft mit dem Bau und Verkauf von Wohnungseigentum ist nicht vorgesehen. (siehe auch Antrag Nr. 2 CDU)

5. Antrag der SPD-Fraktion – Sanierung P+R Platz Maubach

Wir beantragen die provisorische Sanierung des P+R-Platzes am Bahnhof Maubach, damit im Vorgriff auf die noch nicht terminierte endgültige Sanierung die Nutzung weiterhin möglich bleibt.

Gemäß dem Beschluss des ATU vom 28.01.2021, wird derzeit eine ordnungsgemäße Entwässerung der Stellplatzfläche hergestellt, so dass insbesondere bei Starkregenereignissen die angrenzenden privaten Grundstücksflächen geschützt werden. Die Deutsche Bahn hat der Stadtverwaltung aktuell mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, im Jahr 2027 die Bahnsteighöhen baulich anzupassen, so dass ein barrierefreier Zugang zu den Zügen gewährleistet ist. Im Zuge dieser Baumaßnahmen werden größere Bereiche der P+R-Anlage als Baustelleneinrichtungsfläche benötigt. Erst nach Abschluss dieser Maßnahme sollte sinnvoller Weise die gesamte Stellplatzanlage grundlegend saniert werden.

Die Stadtverwaltung wird bis dahin aber Instandhaltungsmaßnahmen durchführen, so dass eine akzeptable Nutzung der Fläche gewährleistet ist.

6. Antrag der SPD-Fraktion - Schotterflächen

Wir beantragen, alle städtischen Schotterflächen naturfreundlich umzugestalten.

Dieser Antrag wurde bereits im Rahmen der GR-Sitzung am 04.11.2021 im Sinne des Antragsstellers beantwortet.

7. Antrag der SPD-Fraktion – Modifizierung Kindergartengebühren

Wir beantragen spätestens zum Jahresbeginn 2023 die kinderzahl- und nutzungsabhängige Modifizierung der Kosten für die Nutzung der städt. Kinderbetreuungsangebote (Kita, Hort etc.).

Das weitere Vorgehen wurde bereits in der Sitzung des Gemeinderats am 02. Dezember 2021 beschlossen. Bis zur Sommerpause 2022 werden alternative Gebührenmodelle zur Entscheidung vorgelegt.

8. Antrag der SPD-Fraktion – Ärztliche Versorgung

Wir beantragen, zusammen mit dem Landkreis zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen oder geschaffen werden müssen, um den sich weiter abzeichnenden Defiziten in der ambulanten ärztlichen Versorgung (u.a. durch Schließung von Praxen) begegnen zu können.

Dabei soll auch ein besonderes Augenmerk auf den kinderärztlichen Bereich gerichtet werden.

Die Verwaltung sieht den Handlungsbedarf und es wird fortlaufend daran gearbeitet, um eine Verbesserung zu erzielen. Herr Oberbürgermeister Friedrich hat bereits eine entsprechende Initiative als Kreisrat ergriffen. Im Bereich der südlichen Stadtteile wird derzeit über die Städtische Wohnbau geprüft, eine Immobilie zur ärztlichen Versorgung zur Verfügung zu stellen.

9. Antrag der SPD-Fraktion – Ausbau Fußgängerstaffel Aspacher Straße

Wir beantragen, die Fußgängerstaffel von der Aspacher Str. zur Roßbergstraße behindertenfreundlich umzugestalten.

Es liegt ein Vorentwurf zur barrierefreien Fußwegeverbindung von der Aspacher Straße zur Roßbergstraße vor. Vorläufig werden die Kosten auf ca. 70.000 Euro brutto geschätzt. Im Haushalt 2022 sind für diese Maßnahme keine Mittel eingestellt. Eine Umsetzung der Maßnahme könnte bei positiver Beschlussfassung auch unter Berücksichtigung des notwendigen planerischen Vorlaufs im Jahr 2023 erfolgen. Die notwendigen Finanzierungsmittel sind im Finanzhaushalt 2023 einzuplanen.

10. Antrag der SPD-Fraktion – Turngeräte für Erwachsene

Wir beantragen zu prüfen, inwieweit auf städt. Kinderspielplätzen auch Sport/Turngeräte für Erwachsene (bes. Senioren) installiert werden können, um auf einfache Weise Bewegungsanreize zu schaffen.

Diese Prüfung ist Bestandteil des derzeit zu überarbeitenden Sportentwicklungsplans. (Siehe auch Antrag Nr. 9 CDU)

11. Antrag der SPD-Fraktion – Schwimmunterricht

Wir beantragen, während des Neubaus der Karl-Euerle-Halle den schulischen Schwimmunterricht als Ausgleich für den entfallenden

Sportunterricht zu intensivieren und damit auch verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, Kindern frühzeitig das Schwimmen beizubringen.

Das Interesse der Schulen und Vereinen an einer Nutzung unseres Bades ist sehr groß. Der Belegungsplan des Bades ist zwischenzeitlich sehr eng getaktet. Es gibt keine Zeitfenster mehr, in welchen der Betreiber noch freie Kapazitäten hat. Teilweise finden bereits jetzt Schwimmkurse während den normalen Öffnungszeiten statt, so dass die Besucher des Bades schon jetzt eine eingeschränkte Verfügbarkeit der Wasserfläche haben. Dies führt zu Unmut bei bezahlenden Besuchern. Aus diesem Grunde können im Augenblick keine weiteren

Wasserflächen für schulischen Schwimmunterricht als Ausgleich für den entfallenden Sportunterricht zur Verfügung gestellt werden.

12. Antrag der SPD-Fraktion – Barrierefreier Ausbau Geh- und Fußwege

Wir beantragen einen Bericht der Verwaltung, inwieweit die innerstädtischen Geh- u. Fußwege barrierefrei genutzt werden können und welche Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung geplant sind.

Im Jahr 2017 wurde ein Fußverkehrs-Check im Rahmen des einschlägigen Landesprogramms durchgeführt. Hierbei wurden an ausgewählten Stellen im Stadtgebiet exemplarische Lösungen zur Sicherstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum erarbeitet.

Die Stadtverwaltung wird im Rahmen einer ATU-Sitzung im Jahr 2022 einen Sachstandsbericht über die konkrete Umsetzung von Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit erstatten.

13. Antrag der SPD-Fraktion – Energiewende der Stadtwerke

Wir beantragen, den Aufsichtsrat der Stadtwerke Backnang zu bitten, sich intensiv mit den Möglichkeiten eines eigenen Beitrags zur notwendigen Energiewende (Verminderung der Nutzung fossiler Energien, Ausbau regenerativer Energieträger) zu befassen.

Mit dem Aufsichtsrat der Stadtwerke findet diesbezüglich eine Klausurtagung im kommenden Jahr statt.

14. Antrag der SPD-Fraktion – „Spritnasenkreuzung“

Wir beantragen, mit den Gemeinden des Weissacher Tals und Althütte Gespräche bzgl. gemeinsamer Aktivitäten zur Verhinderung der geplanten ampelgeregelten ‚Spritnasenkreuzung‘ im Zuge des Neubaus der B 14 und alternativ des dafür notwendigen kreuzungsfreien Ausbaus zu suchen.

Die Stadtverwaltung war und ist im kontinuierlichen Austausch mit den Gemeinden in der Raumschaft Backnang und strebt an, in Sachen B 14 abgestimmt gegenüber dem RP Stuttgart zu agieren.

Anträge der Zählergemeinschaft BfB-FDP/BIG

1. Antrag der BfB-FDP/BIG – E-Ladestruktur für E-Bikes

Die Verwaltung prüft den Ausbau der E-Ladestruktur für E-Bikes in den südlichen Stadtteilen.

Begründung: Bereiche wie Opti-Waldrems und der Bahnhof Maubach werden vom Umland hoch frequentiert. Hier muss für die E-Bikes die Möglichkeit zum Nachladen geschaffen werden.

Das Stadtplanungsamt hat im Rahmen der Antragsbeantwortung im GR am 04.11.2021 ausführlich über ein Konzept zur flächendeckenden Umsetzung von Ladeinfrastruktur in Backnang berichtet.

2. Antrag der BfB-FDP/BIG – E-Ladestruktur Rathaus und Bleichwiese

Die Verwaltung prüft den Ausbau der E-Ladestruktur für E-Bikes am alten Rathaus in Backnang und an der Bleichwiese.

Begründung: Viele Radtouristen besuchen die Backnanger Innenstadt v. a. am Wochenende. Ansässiges Gewerbe sowie Gastronomie stellen zurzeit die Möglichkeit zum Nachladen zur Verfügung – dies kann keine Dauerlösung sein.

Priorität liegt in der Schaffung von sicheren Abstellmöglichkeiten.

3. Antrag der BfB-FDP/BIG – Ersatzsportunterricht Neubau Karl-Euerle-Halle

Die Verwaltung erarbeitet einen detaillierten Plan für den Ersatzsportunterricht während der Bauphase der Karl-Euerle-Halle.

Begründung: Es soll dem Gemeinderat die Möglichkeit gegeben werden, sich mit den verantwortlichen Sportlehrern konstruktiv auszutauschen, um eventuelle Defizite zu kompensieren. Es muss ein weiterhin hochwertiger Sportunterricht für die Schüler stattfinden. Wir wünschen uns, dass dieser Arbeitskreis für alle zugänglich in einer

Die Stadtverwaltung hat im BA KEH umfassend den aktuellen Stand des Konzepts zur Sicherstellung des Ersatzunterrichts im Rahmen der Bauzeit der neuen Schul- und Vereinssporthalle vorgestellt. Kernelement des Konzepts ist die interimswise Nutzung der Tennishalle in Oppenweiler für den Schul- und Vereinssport. Derzeit befindet sich die Stadtverwaltung in der finalen Phase der Mietvertragsverhandlungen.

4. Antrag der BfB-FDP/BIG – Reduzierung des innerstädtischen Verkehrs

Die Verwaltung möge eine Planung zur Reduzierung des innerstädtischen Verkehrsaufkommens aufzeigen. Hier sollte unter anderem eine Trasse im Westen, parallel zur B14 bis zur Spritnase/Heinrich-Hertz-Straße, geprüft werden. Ebenfalls ist zu prüfen, ob Fördermöglichkeiten von Bund bzw. Land bestehen, da in der Planung der neuen Bundesstraße die Trasse für langsam fahrenden Verkehr schlichtweg vergessen wurde.

Begründung: Die Stadt Backnang muss immer mehr Wohnquartiere ausweisen, um die Wohnsituation zu verbessern. Dies bringt automatisch eine Erhöhung der Einwohnerzahl mit sich. Wir haben das grundsätzliche Problem, dass die Stadt Backnang durch eine Bahnlinie in Nord und Süd geteilt ist. Die einzige große Verbindung ist die Stuttgarter Straße/Blumenstraße. Wir müssen den Verkehr aus der Stadt bringen, der nicht unsere Kernstadt besuchen möchte. Auch langsam fahrende Fahrzeuge unter 60 km/h müssen eine Möglichkeit finden / Alternative haben, um die Stuttgarter Straße zu entlasten (Blumenstraße). Dies besonders unter dem Aspekt, dass bereits Planungen bestehen, welche eine Reduzierung auf eine einspurige Blumenstraße/Stuttgarter Straße vorsehen.

Die Stadtverwaltung bereitet derzeit die planerischen Grundlagen für die Neuaufstellung des Mobilitätsplans (vormals Verkehrsentwicklungsplan) vor. Im Rahmen einer ATU-Sitzung im Jahr 2022 werden die wesentlichen Ziele, Inhalte und Strategien zur Erarbeitung des Mobilitätsplans vorgestellt.

5. Antrag der BfB-FDP/BIG – Murrkinder sollen schwimmen lernen

„Murrkinder sollen schwimmen lernen“ – dies kann nicht allein die Aufgabe des Schulunterrichtes und der Eltern sein. Schwimmen dient nicht nur den Alltagskompetenzen, sondern ist auch für die Sicherheit der Kinder extrem lebenswichtig. Gut schwimmen zu können wäre also nicht nur Pflicht, sondern in unseren fantastischen Backnanger Murr-Bädern schlicht eine Wonne. Wegen des Lockdowns der vergangenen Monate konnten zehntausende Kinder in Deutschland nicht schwimmen lernen. Viele andere schafften es nicht, Kurse zu Ende zu belegen. Dies zeigt ein Blick in Presseberichte aus ganz Deutschland. Es ist ein Projekt in Zusammenarbeit mit der TSG/DLRG und Bäderbetreiber zu entwickeln. Das außerschulische Angebot in Backnang muss in der Kapazität stark ausgeweitet werden. Für dieses außerschulische Angebot muss die Stadt die Kosten tragen. Eine Möglichkeit bestünde darin, dies im Rahmen des Familienpasses zu ermöglichen. Es sollte eine Testphase von 2 Jahren vorgesehen werden.

Begründung: Sportlehrer der weiterführenden Schulen beklagen sich über mangelnde Schwimmfähigkeit. Um das Ziel einer umfassenden und allgemeinen Schwimmförderung der Backnanger Murrkinder zu erreichen, müssen in den Haushalt Mittel eingestellt werden. Laut einer Studie der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG) können immer weniger Kinder sicher schwimmen. Waren es in den 80er Jahren noch 90%, so sind es heute nur noch 40% aller Kinder, die mit Abschluss der 4. Klasse das Jugendschwimmabzeichen erworben haben. Der sogenannte Freischwimmer gilt als Mindestvoraussetzung für sicheres Schwimmen.

Bereits in diesem Jahr haben in Kooperation mit der TSG Backnang in den Sommerferien Schwimmkurse stattgefunden, um die große Nachfrage zu decken. In dieser Zeit fanden täglich 6 Schwimmkurse mit jeweils 10 Kindern statt. Aktuell bietet die TSG Backnang, DLRG und die InterSPA regelmäßig Schwimmkurse an. Dieses Angebot wird es auch in Zukunft verstärkt geben. Eine 50%-Förderung über den Familien- und Kulturpass ist teilweise bereits gegeben und wird auf alle Schwimmkurse ausgedehnt.

6. Antrag der BfB-FDP/BIG – „Hop-on/Hop-off“- Personenbeförderungsfahrzeug

Die Verwaltung prüft die Einrichtung eines „Hop-on/Hop-off“- Personenbeförderungsfahrzeugs, das kostenlos und in hoher Frequenz durch die Innenstadt zirkuliert.

Begründung: Durch die geographische Lage muss es für einen Besucher unserer Stadt attraktiv sein, sein Fahrzeug nicht in der Kernstadt zu parken. Wir könnten uns zur Erprobung eine Linie von der Oberen Bahnhofstrasse (PR-Parkplatz), Untere Bahnhofstraße, durch die Marktstraße, zur Bleichwiese, Grabenstraße, Eduard-Breuninger-Straße, Adenauer-Parkhaus zurück zum Bahnhof vorstellen. Ziel soll es sein, Backnangs Innenstadt vom Individualverkehr zu entlasten und somit die Attraktivität Backnangs als Einkaufs- und Wohnstadt zu steigern. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, auf welchen Linien und zu welchen Zeiten dies realisierbar ist, welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen, ob es Fördermittel von Land- oder Bund gibt und wie mögliche Fahrgastzahlen ermittelt werden können.

Die Einführung einer Ringbuslinie wird zum jetzigen Zeitpunkt vom VVS nicht befürwortet. Der planerische Ansatz, der in den Jahren 2013/ 2014 verfolgt wurde und Eingang in den im April 2015 verabschiedeten Nahverkehrsplan fand, ist zwischenzeitlich durch das bestehende seit 1.Januar 2019 gefahrene Verkehrskonzept überholt. Zur EU -weiten Vorabbekanntmachung der Ausschreibung war das Konzept angepasst und dem Gemeinderat in der Sitzung am 15.12.2016 vorgestellt worden (s. hierzu auch Antwort zu Antrag Ziff.2 der Grünen- Fraktion).

Mit dem Ausbau des IBA Geländes und der Oberen Walke wird eine neue Situation entstehen, wie dies in der Stellungnahme zum Nahverkehrsplan gegenüber der Landkreisverwaltung gefordert wurde. Derzeit besteht die Bindung an die Ausschreibung, jegliche Zusatzbestellung, die vom Vorhabenträger (Landkreis) und dem VVS als nicht sinnvoll eingestuft wird, müsste von der Stadt alleine getragen werden. Das Verkehrsunternehmen ist infolge der Bindungswirkung des Zuschlags bis zum 31.12.2024 nicht zu einer Einführung verpflichtet. Es wird daher angeregt, das Thema auf die Agenda der nächsten Ausschreibung zu setzen (s. Stellungnahme zum Nahverkehrsplan-Sitzungsvorlage 9/21/GR).

Überdies ist zu berücksichtigen, dass künftig bei der Ausschreibung nicht mit einem eigenwirtschaftlichen Antrag der Unternehmen zu rechnen ist, es wird daher von einer deutlich höheren Kostentragung der Stadt bei der nächsten Ausschreibung zu rechnen sein.

7. Antrag der BfB-FDP/BIG – Nutzungskonzept städtischer Immobilien

Die Verwaltung möge ein Konzept vorlegen, mit dem sie darlegt, wie angekaufte Immobilien im Innenstadtbereich, wie z. B. das neu erworbene Burgel-Gebäude, einer zeitweisen Vermietung für Existenzgründer, Pop-up Stores oder Kulturprojekten zuführt werden können.

Begründung: Die Stadt betätigt sich bereits im Innenstadtbereich als Investor indem sie Immobilien ankauft, um zu einem späteren Zeitpunkt entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung von ganzen Quartieren zu haben. In der Zeit zwischen Ankauf und Weiterveräußerung hat die Stadt als Immobilieneigentümer eine Verantwortung und Vorbildfunktion zur Wiederbelebung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beitragen und sollte die Freiflächen der kostengünstigen Vermietung zuführen.

Die zukünftige Stabsstellenleitung Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing wird hierzu einen Bericht abgeben.

8. Antrag der BfB-FDP/BIG – Planungen auf städtischen Liegenschaften

Die Verwaltung möge offenlegen, welche Grundstücke und Gebäude sich aktuell in städtischer Hand befinden und welche Planungen bezüglich der Bebauung/Veräußerung existieren.

Begründung: Der soziale Wohnungsbau gehört mit in städtische Hand. Wir wollen diskutieren, welche Möglichkeiten die Stadt bereits heute in Händen hält, um kurzfristig mit der Städtischen Wohnbau in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen, denn die Wohnungsnot, insbesondere im unteren Preissegment, ist am größten. Aktuell baut die Stadt auf die Quotenregelung zur Steigerung des Wohnangebots, die aber die Anschaffungskosten für den Käufer einer Eigentumswohnung verteuert und insbesondere junge Familien unnötig belastet. Das ist nicht sozial.

Die Vorstellung kommunaler Flächen und deren Verfügbarkeit wird im Rahmen einer der nächsten ATU Sitzungen vorgestellt. Für die Quote im sozialen Wohnungsbau wird auf die Beschlusslage verwiesen.

9. Antrag der BfB-FDP/BIG – Mehrkosten „klimaneutrales Bauen“

Die Verwaltung möge darlegen, mit welchen Mehrkosten in Prozent der Bausumme ein Bauherr zukünftig im Zusammenhang mit den städtischen Vorgaben zum „Klimaneutralen Bauen“ eines Neubaus oder einer Umnutzung zu rechnen hat und welche Gutachten im Detail vorzulegen sind.

Begründung: Aktuell plant die Stadt größere Bauvorhaben im Rahmen der Genehmigung auf Klimaneutralität hin zu bewerten, um letztlich eine Genehmigung zu erteilen. Die Planungs- und Herstellungskosten z.B. für Wohnungsbauunternehmen oder gewerbliche Bauherren werden dadurch steigen. Die Wohnungspreise werden in der Folge ebenso weiter nach oben gehen. Das Transparenzgebot macht es zwingend erforderlich darzulegen, welchen Anforderungen die Stadt in puncto Nachweise und Bauausführung an die Bauherren stellt. 7

Derzeit keine städtischen Vorgaben, für Private und Gewerbetreibenden. Die Baurelevanten Vorgaben kommen aus der Bundes- und Landesgesetzgebung. Derzeit sind auch keine städtischen Vorgaben für Private und Gewerbliche geplant. Alles Weitere kann im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung besprochen werden (Pflichtaufgabe).

10. Antrag der BfB-FDP/BIG- Sprachförderung für Mütter

Die Stadt möge im Detail darlegen, inwieweit die angebotenen Programme für Mütter zur Sprachförderung und Integration, um die frühkindliche Erziehung möglichst positiv zu begleiten, in den vergangenen 3 Jahren angenommen wurden.

Begründung: Es gilt zu überprüfen, ob die Angebote niederschwellig genug sind, um Mütter zur Teilnahme zu motivieren. Rückmeldungen aus den Kindergärten legen nahe, dass die Anstrengungen verstärkt werden müssen.

Im Rahmen einer der nächsten Sitzungen des JSA erfolgt ein Bericht.

11. Antrag der BfB-FDP/BIG – Zentrales Feuerwehrgerätehaus

Die Stadtverwaltung möge unverzüglich in die Planungsdiskussion um ein neues zentrales Feuerwehrgerätehauses einsteigen und lädt dazu den neuen Feuerwehrkommandanten Thomas Rohnacher in eine Gemeinderatssitzung ein.

Begründung: Der neue Feuerwehrkommandant Thomas Rohnacher hat sich zur Neuaufstellung der Backnanger Feuerwehr in der BKZ 12.11.2021 geäußert. Er thematisiert sowohl die Personal- als auch die Standortfrage, um mittelfristig handlungsfähig zu sein.

Grundlage für die Planungen ist die bereits beschlossene Feuerwehrbedarfsplanung, in welcher die zukünftige Ausrichtung der Wehr beinhaltet ist. Eine laufende Fortschreibung wird turnusgemäß erfolgen. Der Bedarfsplan sieht derzeit weiterhin den bestehenden zentralen Standort in der Stadt vor.

12. Antrag der BfB-FDP/BIG – Kommunaler Ordnungsdienst

Die Verwaltung richtet einen kommunalen Ordnungsdienst u. a. zur Regelung des fließenden Verkehrs ein.

Begründung: Der zunehmende Rad- und Scooterverkehr bedarf einer Ordnung, damit ein einvernehmliches Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern sichergestellt werden kann. Es ist schön, dass sich die Bedarfe dahingehend verändern, jedoch müssen Gefährdungen vermieden werden. Viele Radfahrer fahren auf dem Gehweg oder queren den Fußgängerüberweg fahrend.

Die Stadtverwaltung ist als untere Verkehrsbehörde befugt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Sie besitzt jedoch keine Zuständigkeit den fließenden Verkehr zu

überwachen und ist z. B. bei Geschwindigkeitskontrollen nicht befugt Fahrzeuge anzuhalten. Die Überwachung des fließenden Verkehrs obliegt ansonsten ausschließlich der Landespolizei, insbesondere den Verkehrskommissariaten. Die Etikettierung des städtischen Vollzugsdienstes als kommunalen Ordnungsdienst erweitert die genannte Zuständigkeit nicht.

Im Sinne des Antrages hat die Stadtverwaltung in der öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschuss am 16.9.2021 bereits beschlossen, eine zusätzliche Stelle für den städtischen Vollzugsdienst zu schaffen, die im Stellenplan für das Jahr 2022 berücksichtigt ist. Sollten weitere Stellen notwendig sein wird der Personalbedarf unterjährig angepasst.

13. Antrag der BfB-FDP/BIG – Verkehrserziehung in Kindergärten

Die Verwaltung startet eine jährlich wiederkehrende Aktion zur Verkehrserziehung in den Kindergärten und in den ersten beiden Grundschulklassen.

Begründung: Neben dem Fahrradführerschein in der 3. Grundschulklasse müssen wir bereits unsere Kindergartenkinder für die Gefahren des Verkehrs sensibilisieren. Viele Kinder im Kindergartenalter sind bereits als Verkehrsteilnehmer unterwegs und den Gefahren ausgesetzt. Der tragische Unfall dieses Jahr am Kreisel Sulzbacher Straße sollte uns Mahnung sein, hier eine Intensivierung des Fahrsicherheitstrainings in Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei voranzubringen.

Ein Bericht über die Verkehrserziehung in den Kitas erfolgt in einer der nächsten Sitzungen des JSA.

14. Antrag der BfB-FDP/BIG – Sichere Radwege

Der neue Mobilitätsbeauftragte erarbeitet ein Konzept „Sichere Radwege in die Nachbargemeinden“ und stimmt sich in der Verwaltungsgemeinschaft ab.

Begründung: Das Radwegenetz besonders auf dem Backnanger Stadtgebiet ist lückenhaft. Die Verbindungen an die Radnetze der in der Verwaltungsgemeinschaft angeschlossenen Kommunen ist in oft katastrophalem Zustand oder gar nicht existent. Genannt seien beispielhaft die Verbindung von Backnang in das Weissacher Tal, von Heiningen in Richtung Unterweissach, zwischen Allmersbach und Heiningen-Kreisel, hier die sicheren Querungen für Radfahrer und Fußgänger. Eine Initiative innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft soll den Rems-Murr-Kreis zu mehr Engagement motivieren. 8

Wird entsprechend dem Radwegekonzept umgesetzt. (Siehe auch Antrag Nr. 7 CDU)

15. Antrag der BfB-FDP/BIG – Attraktivität Landschaftserlebnisweg s`Äpple

Die Verwaltung eruiert und präsentiert Möglichkeiten, wie die Attraktivität des Landschaftserlebnisweg 's Äpple durch die Backnanger Gemarkung gesteigert werden kann.

Begründung: Der Landschaftserlebnisweg 's Äpple führt als Rundwanderweg auf einer Länge von 84 km rund um die Backnanger Bucht. Allein 15,1 km befinden sich auf der Gemarkung Backnang. Wir haben eine neue Stelle „Geschäftsführung Mostviertel“ geschaffen. Dieser sollte sich unter anderem um das Kommunikationsdefizit z. B. Wikipedia-Seite bemühen. Aktuell zeigt sich der Landschaftserlebnisweg auf Backnanger Gemarkung in vielen Bereichen verwahrlost. Nach Regen erleben Wanderer einen Schlammfad. Hier ist umgehend Abhilfe zu schaffen. Konkrete Maßnahmen sollen bereits 2022 ergriffen werden.

[Hierzu erfolgte bereits ein Bericht in der Sitzung des Gemeinderats am 30.09.2021.](#)

16. Antrag der BfB-FDP/BIG - „E-Bike-Trainings für Senioren“

Intensivierung der „E-Bike-Trainings für Senioren“, organisiert durch das Seniorenbüro der Stadt Backnang zusammen mit dem ADFC. Die Stadt macht Vorschläge zur Unterstützung/Förderung der regelmäßigen und mehrfach jährliche stattfindenden Fahrtrainingskurse und Ausfahrten für Senioren. Dieses Konzept hat sich aus unseren Anträgen im Jahr 2017 / 2019 bewährt und muss intensiver fortgeführt werden.

Begründung: Die Schulungen wurden überrepräsentativ gut angenommen und müssen ausgebaut werden, da immer mehr Senioren das E-Bike nutzen und dadurch die Unfallzahlen zunehmen. Da uns die Sicherheit der Backnanger Senioren am Herzen liegt, muss die Fahrkompetenz geschult werden.

[Das E-Bike-Training für Senioren musste coronabedingt ausgesetzt werden. Im Winter werden diese sicherheitsbedingt nicht angeboten. Neue Kurse sind für Frühjahr 2022 geplant. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, wird dieses erweitert.](#)

17. Antrag der BfB-FDP/BIG – Baubeginn Hochwasserrückhaltebecken Oppenweiler

Die Verwaltung legt dem Gremium einen verbindlichen Baubeginn des Rückhaltebeckens Oppenweiler mit Bauzeitenplan vor.

Begründung: Seit Oktober 2013 ist die Einigung mit dem Mühlenbesitzer abgeschlossen. Einem Bau des Regenrückhaltebeckens steht demnach nichts mehr im Wege. Der Baubeginn sollte bereits am 2.12.2019 erfolgen und zum 26.7.2024 fertiggestellt sein. (vgl. Bauzeitenplan Wasserverband Murrta)l)

[In der GR-Sitzung am 03.02.2022 ist ein umfassender Bericht zu den Hochwasserschutzmaßnahmen sowohl des Wasserverbands Murrta\)l als auch der Stadt Backnang geplant. Zudem informiert die Stadtverwaltung über den aktuellen Stand der Planungen zum Starkregenrisikomanagement.](#)

18. Antrag der BfB-FDP/BIG – Präsentation Hochwasser-Spundwände

Die Verwaltung stellt dem Gemeinderat und den interessierten Bürgern in einer Vor-Ort-Präsentation die Funktionalität der Hochwasser-Spundwände in der Talstraße vor. Dieser Termin soll im Sommer 2022 stattfinden.

Begründung: Aufwand des Aufbaus, Funktionalität und Zeitaufwand zum Verständnis für alle.

Das Angebot für eine Vor-Ort-Präsentation wird im Rahmen der jährlichen Funktionsprüfung im Sommer 2022 geschaffen. Ein Termin wird dazu rechtzeitig öffentlich bekanntgegeben.

19. Antrag der BfB-FDP/BIG – Gleichbehandlung Grundstücksbesitzer IBA Gelände

Stellungnahme der Verwaltung zur Gleichbehandlung von Grundstücksbesitzern im Zusammenhang mit der Bebauung des IBA Geländes.

Begründung: Um mögliche Interessenskonflikte aufzulösen, die Geschwindigkeit im Planungsverfahren zu erhöhen und Hindernisse aus dem Weg zu räumen, bedarf es der Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer. Ein Ausgleichsverfahren muss auf alle Grundstückseigentümer angewendet werden und dies im gleichen Verhältnis. Nur so entsteht Einvernehmen unter allen Eigentümern.

Grundsätzlich hängt die Umsetzung des Quartiers Backnang-West von der Mitwirkungsbereitschaft der Grundstückseigentümer ab. Diese Mitwirkung kann abschließend nur erreicht werden, wenn alle Interessenslagen berücksichtigt werden. Wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Stadtverwaltung ist es daher, mit den Grundstückseigentümern Einvernehmen über die städtebaulichen Ziele der IBA zu erreichen. Hierzu finden in regelmäßigen Abständen Workshops mit allen Beteiligten (Grundstückseigentümer, Planungsbüros, Stadtverwaltung) statt, in denen fortlaufend über den aktuellen Planungsstand informiert wird. In diesem Zusammenhang finden auch Gespräche über den Erwerb oder den Tausch von Grundstücken statt. Die Stadtverwaltung ist sehr zuversichtlich, dass der angestrebte Interessensausgleich gelingen wird. Sobald hierzu wesentliche Ergebnisse erzielt wurden, wird die Stadtverwaltung im Gemeinderat berichten.

20. Antrag der BfB-FDP/BIG – Verlängerung der Auf- und Abfahrten B14

Die Verwaltung möge engagiert auf eine Verlängerung der Fahrspuren an den Ab- und Auffahrten zur Staureduzierung an der neuen B14 an entscheidender Stelle Einfluss nehmen.

Begründung: Der Verkehrsfluss, insbesondere während der Stoßzeiten, ist insbesondere an den B14 Ab- und Auffahrten gestört. Dies nimmt entscheidenden Einfluss auf den fließenden Verkehr, da sich ein Rückstau bildet. Eine Verlängerung der Spuren würde effizient Abhilfe schaffen, so z.B. auf der B14 Fahrtrichtung Stuttgart-Backnang, beim Abzweig Opti Richtung in Waldrems.

Im Rahmen der Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit wurde dieser Aspekt vom RP Stuttgart geprüft und entsprechende Lösungsvorschläge erarbeitet. Das RP Stuttgart wurde von der Stadtverwaltung eingeladen, um im Rahmen einer Gemeinderatssitzung über den aktuellen Planungsstand zum Weiterbau der B 14 zu berichten.

Anträge der AfD-Fraktion

1. Antrag der AfD-Fraktion

Umrüstung der „Parkster“-Parkautomaten auf Wechselgeldausgabe.

Begründung: Die eigene Erfahrung am Parkster-Automat Albertstraße/Eduard-Breuninger-Straße hat gezeigt, dass es unter Umständen schwer bis unmöglich ist, seine Parkgebühren problemlos zu entrichten.

Nach einem längeren Gespräch mit einem Ordnungsbeamten zeichnete sich ab, dass sehr viele Bürger, vor allem ältere ohne entsprechende technische Möglichkeit wie Smartphone, sich beschwerten, dass man an den Parkster-Automaten nur passgenau bezahlen kann. Wir bitten die Stadt um Prüfung und Auskunft, ob eine Umrüstung möglich ist.

Die Stadt Backnang hat Anfang Oktober dieses Jahres mit dem Betreiber Parkster das sog. Handyparken eingeführt. Das Handyparken bietet die Möglichkeit per Mobiltelefon die Parkgebühr bargeldlos zu entrichten, ohne dass man die städtischen Parkscheinautomaten verwenden muss.

Gleichzeitig kann der Parkschein auch weiterhin wie bisher über die städtischen Parkscheinautomaten in bar gelöst werden.

Im Zuge der Einführung wurden die vorhandenen städtischen Parkscheinautomaten lediglich mit einer „Parkster“-Beschilderung versehen, die auf die digitale Zahlungsmöglichkeit über die Parkster-App hinweist und den neuen Zahlweg erläutert. Es handelt sich dabei nicht um „Parkster“-Parkautomaten.

Parkscheinautomaten mit Wechselgeldausgabe sind wartungsintensiv und haben ein erhöhtes Diebstahlrisiko. Die Verwaltung rät deshalb von einer Umrüstung der städtischen Parkscheinautomaten ab.

Anträge der Backnanger Demokraten

1. Antrag der Backnanger Demokraten – Klimamanagement

Die Stadt Backnang möge beim neu eingesetzten Menschen für Klimamanagement einen ausreichenden Stellenteil für die Bilanzierung des Kohlenstoffdioxids in städtischem Wald einplanen, um die Klimafolgen dem Nutzen des Holzeinschlags gegenüber zu stellen

und die Klimabilanz des Waldes durch angemessene Maßnahmen zu steigern. Darüber hinaus verzichtet die Stadt auf geplante Einnahmen aus Holzeinschlag.

Die Erstellung einer vollumfänglichen CO₂-Bilanz ist wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes und wird durch das beauftragte externe Fachbüro erfolgen.

2. Antrag der Backnanger Demokraten - Taubenschlag

Die Stadt Backnang möge einen Taubenschlag oder ein Taubenhaus in, auf oder am Verwaltungsgebäude Am Biegel 13 einrichten, um die Photovoltaik vor Schäden durch darunter nistende Tauben zu bewahren und eine bessere Geburtenkontrolle zu ermöglichen. Hierzu möge die Stadt auch die Mittel für die Betreuung der städtischen Taubenschläge so aufstocken, dass diese wegen regelmäßigem Futterangebots besser angenommen werden und ein Austausch der Eier in größerem Umfang erfolgen kann.

Im Rahmen eines runden Tisches unter Leitung von Herrn OB Friedrich, werden zusammen mit Fachleuten Maßnahmen und Strategien zur nachhaltigen Eindämmung der Taubenplage in Backnang erarbeitet. Diese werden im Nachgang im Gemeinderat vorgestellt.

3. Antrag der Backnanger Demokraten - Trinkwasserbrunnen

Die Stadt möge Standorte für Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt und im Bereich Annonayanlage-Bleichwiese prüfen, um die Aufenthaltsqualität vor allem im Sommer zu verbessern und den Menschen, die sich in diesen Bereichen aufhalten, die Möglichkeit zu eröffnen, sich mit selbst mitgebrachten Behältnissen zu versorgen. Dies ist zugleich ein Beitrag zur Reduzierung der Plastikmenge und somit zur nachhaltigen Selbstversorgung.

Die Stadtverwaltung ist ebenfalls der Überzeugung, dass Wasser einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Stadt leisten kann. Sie prüft deshalb gemeinsam mit den Stadtwerken die Realisierung von Trinkwasserbrunnen in der Stadt.

4. Antrag der Backnanger Demokraten - Bürgerhaushalt

Die Stadt möge zeitnah einen angemessenen Stellenteil am Hauptamt zur Vorbereitung eines Bürger:innenhaushalts 2023 schaffen. Hierzu wird ein Erfahrungsaustausch mit der Landeshauptstadt Stuttgart angeregt.

Wird im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderats thematisiert.

Anträge der CIB-Fraktion

1. Antrag der CIB-Fraktion - Bedarfsabfrage der Kinderbetreuung in Backnang

Die Stadt lässt eine Stichtagsuntersuchung bei den Eltern der 0- bis 3-jährigen Backnanger durchführen. Themen: Derzeitige Kinderbetreuung und Wünsche zu deren Veränderung. Voraussetzungen und Ressourcen, die die Eltern zur Verwirklichung dieser Wünsche brauchen.

Im Rahmen einer JSA im Jahr 2022 wird über eine Bedarfsabfrage abgestimmt.